

Robert Misik

Eine Regierung, die niemand will

Österreich wird wohl weiter von einer Großen Koalition regiert – weil es keine vernünftige Alternative gibt

»Die Österreicher«, sagt Christoph Matznetter, der SPÖ-Wirtschaftssprecher, mit einer Mischung aus Sarkasmus und Verzweiflung, »haben die Große Koalition satt, und sorgen dann immer wieder für Wahlergebnisse, die nichts anderes als eine Große Koalition zulassen«. Aber dieser Zusammenhang ist keine zufällige Korrelation, sondern eine Kausalität – die Österreicher sorgen immer für Wahlergebnisse, die nichts anderes als eine Große Koalition zulassen, weil sie diese satt haben.

Auch künftig, soviel darf man mutmaßen, auch wenn die Gespräche zur Regierungsbildung gerade erst starten, wird in Wien wieder eine Koalition aus SPÖ und ÖVP amtierend; Kanzler Werner Faymann wird im Amt bleiben. Große Koalition kann man das Regierungsbündnis allerdings nur aus schöner Gewohnheit nennen: Gerade noch hauchdünn ist die Mehrheit der einstigen Großparteien im Parlament.

Die österreichische Sozialdemokratie hat bei den Nationalratswahlen am 29. September ihr historisch schlechtestes Ergebnis noch einmal unterboten und landete bei 26,8 % der Stimmen, die konservative Volkspartei bei 24 %, die rechtsradikale Freiheitliche Partei (FPÖ) kletterte wieder über die 20 %-Marke. Die Grünen erzielten ihr bisher bestes Wahlergebnis, blieben mit 12,4 % aber unter den Erwartungen. Die rechtspopulistische Anti-Politik-Mannschaft des etwas verhaltensauffälligen Milliardärs Frank Stronach schaffte es trotz schier unbegrenzten Wahlkampfbudgets gerade einmal auf 5,7 %, und erstmals wird auch wieder eine Liberale Partei, die Neos, ins Parlament einziehen, die noch im August nur Eingeweihten bekannt war.

Im Parlament in Wien sind die Koalitionsvarianten damit überschaubar: SPÖ und ÖVP können ihre Koalition fortsetzen, auch SPÖ und FPÖ könnten theoretisch eine Zweier-Koalition bilden. Alle weiteren Varianten sind genauso theoretisch, also unrealistisch: ÖVP-FPÖ-Stronach wäre als klare Rechtsregierung sicherlich weltanschaulich nicht undenkbar, aber die Lust der konservativen Volkspartei, sich gerade mitten in einer Euro-Krise mit den zwei Anti-Europa-Parteien und noch dazu der unberechenbaren Stronach-Truppe ins Bett zu legen, ist wohl äußerst begrenzt.

Und ÖVP-FPÖ-Neos wäre zwar rechnerisch möglich, aber die junge Liberalentruppe hat eine Koalition mit den Rechtsradikalen ausgeschlossen.

So wird die SPÖ-ÖVP-Koalition weiterregieren, zur Unfreude des Publikums, und letztlich auch zur Unfreude der Koalitionäre selbst: Die Regierung aus Sozialdemokraten und Konservativen ist nämlich, obwohl sie (mit Ausnahme der Jahre 2000 bis 2006, als sich die ÖVP auf ein Abenteuer mit der FPÖ einließ) seit 1986 amtiert, keine Regierung von Partnern, die ein gemeinsames Projekt verfolgen, sondern von Gegnern, die sich in einem stetigen Stellungskrieg befinden.

So spiegelt dieses Wahlergebnis, vielleicht mehr noch als die nackten Zahlen vermuten lassen, einen in Österreich schon endemischen Frust und Verdruss wider. Man muss das so offen sagen: Über der gesamten politischen Szenerie in Österreich liegt seit Jahren ein anti-politisches Klima. Die Österreicher und Österreicherinnen halten ihre politi-

*Anti-politisches
Klima*

sche Klasse für dumm, medioker, korrupt und unfähig. Wer SPÖ oder ÖVP wählt, tut das meist entweder aus Tradition und persönlichen Interessen (vor allem die Über-60-Jährigen), oder eben trotz ihrer Performance als Regierungsparteien, kaum wegen dieser. Es mag am fortwährend schimpfenden («keppelnden») österreichischen Nationalcharakter liegen, mehr aber noch am populistischen Sound, den vor allem die FPÖ seit beinahe 30 Jahren in die österreichische Innenpolitik einführte, dass eine verallgemeinerte Stimmung vorherrscht: »die« können es nicht.

Das steht übrigens in einem krassen Missverhältnis zu allen sozio-ökonomischen Daten: Österreich ist ein Land, das im Vergleich extrem gut da steht.

Wenn man sich als Österreicher mit politisch interessierten und ökonomisch versierten ausländischen Experten unterhält, kommt die Rede schnell auf das, was man das »österreichische Mirakel« nennen könnte. Als routinierter Österreicher hat man die mediokre Performance der hiesigen politischen Klasse, die Ideenlosigkeit und die Selbstblockade der Regierungsparteien gerade in grellen Farben geschildert, da fragt der ausländische Experte schon retour: »Aber wie kann ein derart schlecht regiertes Land ökonomisch und sozial so gut dastehen?«

Denn gerade im internationalen Vergleich sieht die Sache ja verdammt eindeutig aus: Die Lebensqualität in Österreich – vergleichsweise optimal. Arbeitslosigkeit – immer noch gering. Jugendarbeitslosigkeit – praktisch inexistent. Das Wirtschaftswachstum – langfristig einigermaßen ansehnlich, und durch die Große Rezession ist das Land viel besser gekommen als die meisten anderen. Die durchschnittliche Lohnentwicklung für die normalen Österreicher – seit Jahren vorteilhafter als, beispielsweise, die der Deutschen. Staatsschuldenstand und Budgetdefizit – im europäischen Durchschnittsbereich. Die Mieten gehen auch hier nach oben, aber dank

gesetzlicher Regelungen und dem sozialen Wohnungsbau sehr viel moderater als anderswo. Gewiss gibt es Filz, Intransparenz, krasse Ungleichheit und eine ganze Latte anderer beklagenswerter Probleme, aber grosso modo ist Österreich eher ein Vorzeigeland als ein Negativbeispiel.

All das kommt aber in der innenpolitischen Diskussion kaum zum Tragen. Bemerkenswert ist ja nicht nur, dass die Regierung eine durchaus ansehnliche Bilanz vorlegen kann. Die Sozialdemokratie hat auch einen gelungenen Wahlkampf geführt, und Kanzler Werner Faymann hat sich gut geschlagen und in den TV-Diskussionen mit seinen Widersachern brilliert. Als Kanzlerkandidat war er praktisch alternativlos. Und dennoch hat nicht nur seine SPÖ weiter Stimmen verloren, er selbst hat unterirdische Popularitätswerte. Seine persönliche Zustimmungsrates liegt kaum höher als das Wahlergebnis seiner Partei (meist sogar darunter). Kurzum: Ein Kanzlerbonus schaut anders aus.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Natürlich gibt es Stillstand und Blockade in der SPÖ-ÖVP-Koalition; natürlich gibt es eine innere Sklerose der einstmaligen dominierenden Parteien; natürlich gibt es Filz und Korruption. Aber all das erklärt das antipolitische Ressentiment nicht vollends.

Eher sind es viele unterschiedliche Quellen, aus denen es sich speist: Zuvorderst natürlich die scheinbar ewige Große Koalition, was den Eindruck erweckt, ein Machtkartell richte sich ein – es darf zwar regelmäßig gewählt werden, aber diese Wahlen haben keinen Einfluss auf die Regierungsbildung. Dann natürlich die Selbstabkoppelung des politischen Systems, Routinisierung, die Personalauswahl durch Apparate, die Verdummung der öffentlichen Diskurse durch Boulevard und elektronische Medien. Und dann die jahrzehntelange rechtspopulistische Ausbeutung dieser Stimmungslage, was diese Stimmungslage natürlich bestärkt und stabili-

siert. Österreich wird schier flächendeckend von »Wutbürgern« bewohnt, die den Regierenden stets Denkmäler verpassen wollen, ohne dass sich damit irgendeine positive Perspektive verbinden würde, wie es denn eigentlich besser ginge.

Ein Land von Wutbürgern

Das Symptomatische dafür sind seit jeher die Erfolge der FPÖ. Selbst ihre Wähler wählen sie bevorzugt, um die Etablierten zu ärgern, aber kaum jemand wünscht sich, dass sie wirklich regiert.

Dass solche Wähler nicht immer mit Logik vorgehen, ist leicht zu begreifen. Würde man die Österreicher etwa fragen, ob sie wieder eine anständige Sozialdemokratie wie seinerzeit unter Kreisky haben wollen, würde wohl eine satte absolute Mehrheit (wenn nicht mehr) mit »Ja« antworten. Gerade aber wegen des Verdrusses wird die SPÖ dann mit schwindenden relativen Mehrheiten ausgestattet, die sie für immer in eine Regierung mit der Volkspartei zwingen, und die gerade auch verhindern, dass anständige sozialdemokratische Politik gemacht werden kann.

Das Paradoxon der Nach-Wahl-Wochen war, dass, obwohl das Ergebnis ziemlich genau so von allen Beobachtern erwartet worden war, sich hinterher doch ein regelrechter Kater einstellte. Der Grund dafür ist, dass wieder einmal klar wurde, dass sich nur Regierungen bilden lassen, die eigentlich niemand will.

Eine Rechtsregierung wäre möglich, ist aber, wie gesagt, ziemlich unmöglich, da die harte Rechte regierungsunfähig ist.

So spielten manche Beobachter und politische Strategen in den Nachwahltagen sogar mit der Möglichkeit einer SPÖ-FPÖ-Regierung. Dabei findet sich wohl kaum jemand, der ein solches Sozialdemokratie-

Rechtsradikalismus-Bündnis für gut hielt. Aber es wäre immerhin eine Möglichkeit, die Selbstblockade des politischen Systems aufzubrechen und den Aufstieg der FPÖ zu stoppen. Denn eines ist klar: Noch eine Periode Große Koalition und die FPÖ ist auf dem Sprung zur Nummer eins. Gewiss, solche Überlegungen sind nur Gedankenspiele, aber es spricht für sich, dass sie aufkommen, und zwar nicht nur in Kreisen rechter Sozialdemokraten, sondern sogar in linksliberalen, grün-affinen urbanen Milieus, also in jenen Kreisen, in denen man üblicherweise die FPÖ für den Hauptfeind hält.

Die Große Koalition wird nun wohl wieder gebildet werden, sofern man sich in den Regierungsverhandlungen nicht zu sehr gegenseitig traktiert. SPÖ und ÖVP werden versprechen, diesmal alles anders zu machen. Möglicherweise ziehen da und dort neue Personen und auch ein neuer Stil ein. Schließlich haben auch die Regierungsparteien selbst längst begriffen, dass es so nicht mehr weiter gehen kann. Oder besser: Dass sie, wenn es so weiter geht, ihre Regierungsmehrheit beim nächsten Mal los sind.

Gewiss auch, fünf Jahre sind eine lange Zeit (so lange dauert in Österreich neuerdings eine Legislaturperiode), und es kann sich manches ändern. Vielleicht können sich etwa die Sozialdemokraten stabilisieren und wieder Wahlergebnisse von 28 % oder mehr erreichen. Die Grünen sind auch für 14 oder 15 % gut. Mit den Neos ist ein neuer, liberaler und pragmatischer Player in der Mitte entstanden. Vielleicht ist ja einmal eine Regierungsvariante aus SPÖ, Grünen und Neos möglich.

Notwendig wäre es, da eine prolongierte Große Koalition nichts ist, was sich irgendjemand wünschen kann.



Robert Misik

(*1966) österreichischer Schriftsteller und Publizist. Im Picus-Verlag erschien im März: *Erklär mir die Finanzkrise. Wie wir da reingerieten und wie wir wieder rauskommen*. Er ist Träger des österreichischen Staatspreises für Kulturpublizistik.

robert@misik.at